

Quelle

Datum

Bö Ein Bismarck nach Bonn

VON JOSEF JOFFE

Will „das Ausland“ den Deutschen wieder einmal den „Platz an der Sonne“ verweigern? Allein die Fragestellung ist falsch. Das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts weist nicht einmal blasse Ähnlichkeiten mit dem ersten auf, als das Wilhelminische Reich erst den Griff nach Kolonien, dann nach der Weltmacht wagte. Noch weniger läßt sich die Bundesrepublik '90 mit dem Weimarer Vorgänger, geschweige denn mit dem Zwölfjährigen Reich vergleichen. In Weimar hatte die Demokratie nie eine Chance, nach 1933 wurde sie in Deutschland vernichtet. Dagegen ist die Bundesrepublik nicht nur eine funktionierende, sondern auch eine lebendige Demokratie, die ihre Zuverlässigkeit nach außen ebenso demonstriert hat wie ihren liberalen Geist im Inneren.

Warum also das Unbehagen der Freunde und Nachbarn, das wellenförmig immer wieder über die Grenzen dringt? Man macht es sich zu leicht, wenn man genüßlich-selbstgerecht die Buhfrau Margaret Thatcher aus den Kulissen zieht, die just (so ein deutsches Massenblatt, das täglich die neueste Haß-Parole ausgibt) gesagt haben soll, die DDR sei der EG-Mitgliedschaft nicht würdig, weil sie seit 1933 entweder von Nazi oder Kommunisten regiert worden sei. Tatsache ist, daß Frau Thatcher nur ausspricht (wenn auch manchmal mit falschen Argumenten), was viele andere denken und fühlen. Tatsache ist, daß selbst die Amerikaner nicht anders reden als Mrs. Thatcher, wenn diese sich auf ihre staatsmännische Rolle besinnt.

Das realpolitische Kalkül der Regierung Bush besagt in etwa: „Deutschland wird die stärkste europäische Macht sein, und deshalb müssen wir uns seine Freundschaft erhalten.“ Freilich hat der Präsident während des Kohl-Besuchs fast die gleichen Worte gewählt wie Frau Thatcher vor einer Woche, um die amerikanischen Wünsche an das künftige Deutschland auszudrücken: „Das geeinte Deutschland sollte Vollmitglied der NATO sein“ und „amerikanische Truppen sollten als Garant der Stabilität in einem geeinten Deutschland stationiert bleiben“; als freundlich formulierten Seitenhieb fügte Bush hinzu: „Die USA haben formell die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze anerkannt.“

All dies – wie auch der Satz: „Wir müssen einander stets informieren“ – sind in diplomatischem Samt verpackte Warnungen an die Bonner Freunde, doch nicht ob des Wahlkampfes und der nationalen Euphorie den Rest der Welt zu vergessen. „Der Feind“, so Bush, „ist Unberechenbarkeit und Instabilität.“ Dies – und nicht die Furcht vor dem „Vierten Reich“ – macht den Kern der Besorgnisse zwischen Washington und Moskau, Rom und London aus – von Warschau ganz zu schweigen. Was im Herzen Europas entsteht, ist zwar der legitime Ausdruck nationaler Selbstbestimmung, aber es ist zugleich auch ein Machtgebilde, das die alte Ordnung erschüttern, wenn nicht gar sprengen wird – vergleichbar mit der Wirkung des Deutschen Reiches von 1871.

Ein Bismarck konnte die Fäden wenigstens 20 Jahre lang in der Hand behalten, auch wenn er bloß ein Gewirr von Verträgen und Verpflichtungen hinterließ, in dem sich seine Nachfolger geradezu verstricken mußten. Freilich scheint es in Bonn derzeit nicht gerade von Bismarcks zu wimmeln. Manche rhetorische Höhenflüge erinnern fatal an das Wilhelm-Zwo-Modell – und das ist auch in der linksnationalen Wochenpresse nicht anders. Fatal ist vor allem auch eine Grundstimmung, die mancherorts gar systematisch geschürt wird: die Vorstellung, daß niemand mehr den „Zug der deutschen Einheit“ aufhalten könne.

Günter Grass hat zu Recht gefragt: Merkt denn niemand, „daß ein nicht mehr aufzuhaltender Zug, ein Zug also, den kein Signal mehr stoppen kann, als Zugunglück vorprogrammiert ist?“ Anders ausgedrückt: Wer mit vulgär-hegelianischen Begriffen wie „historischer Notwendigkeit“ herumwedelt, also Zwang suggeriert, wo wohlbedachte Entscheidungen gefragt sind, der macht nicht Politik, sondern gibt sie auf. Und das in einer Zeit, in der Augenmaß und der geschärfte Blick für Konsequenzen dringlicher sind denn je.

Wer auf unaufhaltsame Züge aufspringt, der verzichtet auf Politik, die sich bekanntlich nicht im meta-historischen Reich der Notwendigkeit, sondern im diesseitigen Reich der Verantwortlichkeit für

Folgewirkungen bewegt. Dies zu bedenken, sollte die Bonner künftig heftiger motivieren als in der vergangenen Woche. Niemand fürchtet deutsche Knobelbecher (allenfalls die Deutsche Mark); niemand mißgönnt den Deutschen ihre Einheit. Alle möchten möchte nur genauer wissen, wie sich denn das deutsche Kraftwerk in das europäische Energienetz einfügen werde, und jeder wünscht sich, daß die neue deutsche Selbstsicherheit („Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt jetzt in Bonn“) nicht in die Arroganz von gestern umschlagen möge.

Es droht das gegenseitige Aufschaukeln. Wenn denn hier zur Sprachregelung wird, daß es „allein an uns“ liege, das Tempo der deutschen Einheit zu bestimmen, dann werden bald schärfere Botschaften aus dem Umfeld kommen, als die von Gorbatschow: Es gehe nicht an, daß „alle anderen, nur die von den Deutschen gefaßten Beschlüsse zu billigen“ hätten. Wenn dann aber der Ton rauher wird, droht hier die Gefahr einer neuen Weinerlichkeit, gepaart mit Gebärden des „Nun aber erst recht!“ Solchen Teufelskreis zu verhindern, dürfte nicht schwer sein. Es bedarf nur etwas mehr Staatskunst und Hellhörigkeit, als Bonn jüngsthin gezeigt hat.

410